ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Kritikos, Alexander; Seebauer, Johannes

Article

Thüringer Verhältnisse: Keine guten Aussichten für den Wirtschaftsstandort Deutschland

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:
German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Kritikos, Alexander; Seebauer, Johannes (2020) : Thüringer Verhältnisse: Keine guten Aussichten für den Wirtschaftsstandort Deutschland, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 87, Iss. 7, pp. 100-, https://doi.org/10.18723/diw_wb:2020-7-3

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/219338

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

GEÄNDERTE FASSUNG

ALEXANDER KRITIKOS

Thüringer Verhältnisse: Keine guten Aussichten für den Wirtschaftsstandort Deutschland

Alexander Kritikos ist Forschungsdirektor am Deutschen Institut Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) sowie Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Potsdam.
Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Zum ersten Mal wird in der deutschen Nachkriegsgeschichte ein Kandidat der Freien Demokratischen Partei (FDP) mit den Stimmen einer radikal rechten Partei zum Ministerpräsidenten gewählt. Vielleicht wäre es klüger gewesen, dankend abzulehnen, anstatt die Wahl zum Ministerpräsidenten spontan anzunehmen. Gewiss, die Ablehnung einer solchen Wahl bedarf der Kraft der Zurückhaltung. Und das umso mehr, als die FDP nicht alle Tage die Chance hat, in Deutschland einen Ministerpräsidenten zu stellen. Hätte Herr Kemmerich Charakterstärke bewiesen, wäre Deutschland einiges erspart geblieben.

Der Kandidat der FDP hat die Wahl angenommen. Die Folgen sind ein politisches Beben und ein weiterer Riss, der sich nun durch die Republik zieht. Aber nicht nur das. Viele Partnerländer blicken dieser Tage sorgenvoll nach Deutschland. Erst Ende Januar, also keine zwei Wochen vor diesem Tabubruch, hatte der deutsche Bundespräsident in Yad Vashem ein Versprechen des „Niemals wieder" gegeben, wonach wir unter anderem „dem Gift des Nationalismus trotzen" werden. Da ist es kein Wunder, wenn im Ausland kritisch hinterfragt wird, wie lange dieses Versprechen Bestand haben wird.

Die größte Gefahr eines solchen Versprechens liegt in seiner langsamen Erosion. Mit der letztwöchigen Wahl eines Ministerpräsidenten mit der Stimme eines mittlerweile sogar in der Bild-Zeitung als Neonazi bezeichneten Politikers könnte aus der Sicht vieler politischer Kommentatoren unserer Partnerländer die Erosion des von Bundespräsident Steinmeier gegebenen Versprechens einsetzen.

Hierin liegt nicht nur ein politisches und gesellschaftliches Problem, hierin liegt auch ein ökonomisches Risiko. Denn: es geht um nichts weniger als um das Vertrauen in die zukünftige Entwicklung Deutschlands – ein unschätzbar hohes Gut, gerade auch im wirtschaftlichen Kontext.

Der zukünftige Wohlstand nicht nur Thüringens, sondern ganz Deutschlands hängt davon ab, dass es als Wirtschaftsstandort für Unternehmen attraktiv bleibt. Dafür braucht es Offenheit für Innovation und für Freihandel, offene Arbeitsmärkte und Kapitalströme. Ein Beispiel: Viele neue Unternehmen sind auf Plattformökonomien angewiesen. Für sie ist der Zugang von Fachkräften aus aller Welt nach Deutschland nicht nur wegen des Fachkräftemangels essentiell, ein offener Arbeitsmarkt ist vielmehr zentraler Bestandteil ihres Geschäftsmodells.

Insofern beschädigt die Wahl eines Ministerpräsidenten mit Stimmen einer Partei, die dezidiert gegen eine solche „offene Wirtschaftspolitik" ist und vielmehr dafür wirbt, „den Fachkräftenachwuchs aus eigener Kraft großzuziehen", das Vertrauen in die zukünftige politische Entwicklung nicht nur Thüringens, sondern ganz Deutschlands. Entsprechend ist nicht auszuschließen, dass zukünftig gerade innovative Unternehmen, auf die Deutschland angewiesen ist und die ihren Standort sehr flexibel auswählen können, ihre Standortentscheidung in Richtung Deutschland überdenken werden.

Naturgemäß wird man sich vor allem im Ausland fragen: Was kommt als nächstes? Wann wird das nächste Tabu gebrochen, wenn es um politischen Machterhalt geht? Wenn heute in Thüringen, warum dann nicht morgen im Bund? Solche Befürchtungen lassen sich gerade im Ausland nur schwierig wieder einfangen und erfahren durch den abrupten Rücktritt der CDU-Vorsitzenden noch zusätzliche Nahrung. Vor diesem Hintergrund ist das einhellige Entsetzen in Berlin und die Aussage der Bundeskanzlerin, dass der Tabubruch in Thüringen „unverzeihlich" sei, ein wichtiges Zeichen. Es bleibt zu hoffen, dass die Wahl von Thüringen nur ein „Unfall" war und nicht ein Versuchsballon für den nächsten Tabubruch. Wichtig wäre dafür allerdings auch, dass eine Regierungsbildung in Thüringen schnell möglich wird und nicht am weiteren Taktieren der tatsächlich bürgerlichen Parteien scheitert. Danach sieht es derzeit leider nicht aus, was die politische Verdrossenheit der Bürger in Deutschland weiter erhöhen dürfte. Es wäre auch wirtschaftlich wichtig, wenn Thüringen rasch zu stabilen Verhältnissen fände.

DOI: https://doi.org/10.18723/diw_wb:2020-7-3

IMPRESSUM

DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
www.diw.de
Telefon: +49 30 897 89–0 Fax: –200
87. Jahrgang 12. Februar 2020

Herausgeberinnen und Herausgeber
Prof. Dr. Pio Baake; Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Dr. Claus Michelsen; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp; Prof. Dr. C. Katharina Spieß; Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion
Dr. Gritje Hartmann; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat
Aline Zucco

Redaktion
Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck; Dr. Anna Hammerschmid; Petra Jasper; Sebastian Kollmann; Bastian Tittor; Sandra Tubik; Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb
DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung
Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv
© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz
Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck
USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)
Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter unter **www.diw.de/newsletter**